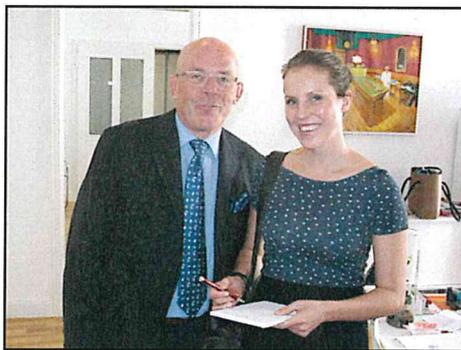


Zukunft der stationären Pflege

Der Anwalt der Altenpflege

Pi (db) – **Thomas Greiner** sieht die Zukunft der stationären Pflege in Gefahr und appelliert an die Politik, endlich aufzuwachen. Passiert jetzt nichts, würden die Kosten für Pflege ins Unermessliche steigen. Pi-Redakteurin Dana Bethkenhagen sprach mit dem Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Pflege über eine scheinbar blinde Politik, Stellschrauben für einen Kurswechsel, die jetzt noch etwas zum Positiven drehen könnten und Eigentore, die in der Pflege zum guten Ton gehören.



Thomas Greiner mit Pi-Redakteurin
Dana Bethkenhagen
Foto: Holger Göpel

Pi: „Ambulant vor stationär“ ist zum Credo in der Politik geworden. Was bedeutet das für die Zukunft der stationären Pflege?

Greiner: Das Credo ist in den vergangenen fünf bis acht Jahren quasi schon zur Bibel geworden. Man konnte reden, mit wem man wollte, „ambulant vor stationär“ war und ist die Botschaft. Mittlerweile ist aber auch ein Punkt erreicht, an dem das Gepredigte auch gesetzlich umgesetzt wurde. Der stationäre Bereich ist gegenüber dem ambulanten Bereich systematisch benachteiligt. Das betrifft – um damit einmal zu beginnen – die Leistungen. Für die ambulante Pflege gibt es viel weniger rechtliche

Vorgaben, zum Beispiel den Bau und das Personal betreffend. Zudem sind die Standards deutlich geringer. Das Materielle ist derart verschoben, dass sich die Leute entsprechend verhalten und lieber die günstigere Variante wählen. Die Botschaft war immer „ambulant ist billiger“, aber niemand hat das mal wirklich systematisch analysiert. Es war vielleicht mal für den einen Teil der Sozialversicherung billiger, aber wenn man den gesamten Blick darauf geworfen hätte, hätte das so nie gestimmt. Ich sage voraus, dass spätestens in der jetzt beginnenden Legislaturperiode alle Beteiligten merken werden, wie groß der Unterschied zwischen dem ist, was im ambulanten Bereich und was im stationären Bereich refinanziert wird. Und zum anderen werden sie merken, was es tatsächlich kostet, wenn Pflege- und Krankenversicherung berücksichtigt werden. Es werden massive Probleme entstehen, was die Kosten im ambulanten Bereich anbelangt. Das viel zitierte Credo hat nicht zuletzt verheerende Auswirkungen auf die stationäre Pflege: Niemand wird mehr investieren wollen, schon heute ist das zu bemerken. Die Folgen sind bitter – denn während einerseits die ambulante Pflege zukünftig nicht mehr refinanzierbar ist, verringert

Zukunft der stationären Pflege II

sich das Angebot der stationären Pflege drastisch. Die Kosten werden explodieren.

Pi: Die Frage, die damit im Raum steht, heißt: Wie wird sich die Pflegeversicherung entwickeln?

Greiner: Ganz allgemein gilt für mich: Am Ende schlägt Ökonomie immer Politik. Und Fakt ist, jemand muss das alles bezahlen. Wenn wir uns die Tatsache vor Augen führen, dass der Jahrgang 1964 mehr als 1.350.000 Köpfe zählt, ist doch klar, dass die Nachfrage nach stationären Pflegeplätzen entsprechend steigen wird. Und was passiert, wenn das Angebot klein und die Nachfrage groß ist? Dann wird es richtig teuer. Ich frage mich oft, ob das niemand sieht? Sehen das die Finanzminister der Länder nicht? Ich empfinde das als unverantwortlich, dass sie nicht längst aufschreien. Jetzt heißt es auf einmal, dass die Kosten der Pflegeversicherung um 23 Prozent gestiegen sind. Herr Rothgang geht in seinem Gutachten davon aus, dass es dieses Jahr sieben Milliarden Euro mehr werden. Meine Lebenserfahrung sagt mir, dass es sogar deutlich mehr wird. Dabei ist man zuletzt immer davon ausgegangen, dass 2030 eine riesige Lücke in der Pflegeversicherung klafft. Und jetzt gibt es noch Leistungsausweitungen und eine teure Ambulantisierung. Ambulant ist zudem wesentlich ineffizienter als stationär – unabhängig davon, was kann ich ambulant machen und was nicht. Deswegen würde ich alle Verantwortlichen gern schütteln und fragen: Merkt ihr nicht, dass ihr vollkommen auf dem Holzweg seid? Ihr werdet es

nicht bezahlen können und wenn ihr es merkt, ist die Nachfrage groß und größer und das Angebot klein und kleiner.

Pi: Was erwarten Sie jetzt von der Politik? Welche Stellschrauben können und müssen jetzt gedreht werden?

Greiner: Aus meiner Sicht muss durch die Politik ein Ruck gehen, um mal den berühmten Herzog-Wortlaut aufzunehmen. Politik beginnt mit dem Wahrnehmen von Realität und genau darum muss es jetzt gehen. Ich mache es mal an einem Beispiel deutlich: Sie konnten in den beiden vergangenen Legislaturperioden reden mit wem Sie wollten, alle wollten die kleinen, stationären Einrichtungen retten und schützen. Und passiert ist nichts. Im Moment verschwinden sie in Größenordnungen vom Markt. Da muss ich mal fragen, warum ist das so? Stationäre Pflege bedeutet Immobilie. Bei einem Hundert-Betten-Haus sind das Investitionen von vielleicht zehn Millionen Euro. Und es gibt Pachtverträge mit einer Laufzeit von 20 Jahren – das kann man nicht an- und ausschalten wie das Licht. Was dringend in den Bereich rein muss, ist Stetigkeit. Da kann nicht permanent eine neue Sau durchs Dorf getrieben werden. In dieser Legislaturperiode ist das Geschäftsmodell der stationären Pflege massiv beschädigt worden. Wenn die Politik da nicht aufwacht, werden wir irgendwann vor einem großen Loch stehen. Die Politik muss dringend dafür sorgen, dass es einen fairen Wettbewerb gibt und die Leute wählen können, ob sie ambulant oder stationär versorgt werden wollen und der Eigenanteil identisch wird.

Zukunft der stationären Pflege III

Pi: *Wenn man sich nun die Wahlprogramme anschaut, gibt es da irgendeine Partei von der Sie denken, die könnte es für die Pflege richten?*

Greiner: Ich kenne die Aussage von Herrn Gröhe, in der nächsten Legislaturperiode müsse etwas für die stationäre Pflege getan werden. Das, was ich Ihnen jetzt beschrieben habe, ist so strukturell, so systematisch, dass ich bei den jetzt im Bundestag vertretenen Parteien nicht erkennen kann, dass sie ein annähernd ausgeprägtes Problembewusstsein haben. Ich habe den Eindruck, die nehmen gar nicht wahr, dass sich im Moment eine riesige Zahl von kleinen Betreibern, mittelständischen Unternehmen, vom Markt verabschieden. Eine gewisse Hoffnung habe ich bei der FDP, weil ich da eine gewisse Nähe zur unternehmerischen Denke vermute. Aber es wird sich erst herausstellen müssen, was getan werden kann. Denn das ist ein ganzer Komplex. Das sind verschiedene Ministerien, Bund, Länder. Die Leute, die da Pflegepolitik machen, gehören zu einer gewissen Szene. Und diese Szene hat zu dieser katastrophalen Situation geführt. Es gab ja mal diese Wahlumfrage, dass für viele Wähler die Pflege wahlentscheidend ist. Das konnten schon immer nur Leute erzählen, die von politischer Kommunikation keine Ahnung haben. Für mich ist klar: Das ist im Bundestagswahlkampf gar kein Thema. Und das vor allem, weil es so komplex ist.

Pi: *Gerade sprachen Sie vom fehlenden Problembewusstsein der Politiker. Seitens der Investoren ist es da. Sie investieren zurückhaltend oder gar nicht mehr.*

Was bräuchten sie für konkrete Signale von der Politik?

Greiner: Eigentlich bräuchten wir ein Altenpflegeministerium auf Bundesebene, weil ich oft den Eindruck habe, das Ganze ist wie ein Mobile, wo man links runterzieht und nicht weiß, wo es wackelt. Es müsste etwas passieren bei der Aufteilung Bund – Länder. Die Länder mit den 16 verschiedenen Heimgesetzen und 16 verschiedenen Personalverordnungen machen es nicht gerade einfach für Investoren. Was müsste also passieren? Es braucht ein Signal in Wort und Tat. Und Tat bedeutet in dem Fall, dass Gesetze gemacht werden, die dafür sorgen, dass aus Sicht der Unternehmer und Betreiber faire Wettbewerbsbedingungen zwischen ambulant und stationär herrschen. Es braucht Gruppenverhandlungen zur Refinanzierung in allen Bundesländern und gleiche Finanzierungen der Leistungen vom Ort der Erbringung, um die von Herrn Laumann mutwillig beschädigte Unternehmerische Freiheit wiederherzustellen. Nach dem klaren Bekenntnis zur stationären Pflege im ersten Schritt muss im zweiten Schritt auch eine Entscheidung her, dass es so etwas wie ein Gesetzesmoratorium gibt. Um Ruhe zu schaffen.

Pi: *Welche Auswirkungen haben all diese Diskussionen auf den Nachwuchs in der stationären Pflege? Gehen die mittlerweile lieber ins Krankenhaus oder in die ambulante Pflege, wenn sie wählen können?*

Greiner: Es ist ja leider eine dieser unausrottbaren Negativbotschaften, dass niemand in die Altenpflege möchte. Das stimmt ganz einfach nicht. Doch irgend-

Zukunft der stationären Pflege IV

wann wird das zur selbsterfüllenden Prophezeiung. Fakt ist: Von 1999-2015 sind in der Altenpflege 461.036 neue Arbeitsplätze entstanden. Wir verzeichnen heute Ausbildungsrekorde, doch lustvoll spielen wir weiterhin aufs eigene Tor. In keinem anderen Bereich ist das so beliebt wie in der Pflege. Ich glaube, dass wir auch in Zukunft junge Leute gewinnen werden – ob nun für die ambulante oder die stationäre Pflege.

Pi: *Ein leidiges Thema ist für Sie auch die Pflegeberufereform. Wem nützt und wem schadet sie?*

Greiner: Zunächst einmal frage ich mich, warum wir etwas ändern müssen, was eigentlich gut funktioniert. Eine Reformierung der Altenpflegeausbildung wäre doch vollkommen ausreichend gewesen. Die Generalistik schafft hingegen Probleme für die Kinderkranken- und Altenpflege, der Gewinner ist die Krankenpflege. Das Gesetz kommt mir manchmal vor wie ein Projekt zur Rettung der Pflege im Krankenhaus, denn dort fehlen Pflegekräfte. Und die können sich dank der Generalistik hinterher ihr Personal aussuchen, denn dort wird auf Grund der Refinanzierungsregelung am besten bezahlt. Unsere große Sorge ist, dass die Hauptschüler zu einem Großteil verloren gehen. 51 Prozent der Auszubildenden bei unseren Mitgliedern sind aktuell Hauptschüler und die werden es dann nicht mehr machen. Zudem schafft die Generalistik natürlich Unsicherheit für die Träger. Viele wollen so nicht mehr ausbilden. Zu kompliziert wird es vor allem für die Mittelständischen die Praxisstellen zu koordinieren. Dieser Kontrollwahnsinn und die zusätzliche

Bürokratie schrecken ab. Ich empfinde mich als Anwalt der Altenpflege und werde alles dafür tun, um zu verhindern, dass der Personalmangel im Krankenhaus auf Kosten der Altenpflege gelöst wird.

Pi: *Woher bekommen wir künftig ausreichend neues Altenpflegepersonal, wenn die Ausbildungsstände in Deutschland immer schlechter werden?*

Greiner: Bevor wir diese Frage beantworten können, müssen wir erst einmal wissen, welches Personal wir wollen, in welcher Zahl und in welcher Qualität. Da reicht es sicher nicht aus, erst 2020 einen Entwurf zu machen. Man steht nur auf Treibsand – bei allen Themen – Investitionen, Personal etc. Wir müssen zuallererst schauen, dass wir viele junge Leute für den Beruf begeistern und dann auch dafür sorgen, dass sie im Beruf verbleiben und nach der Elternzeit wieder einsteigen. Wir sind zudem für eine Flexibilisierung der Fachkraftquote, denn Helfer und Assistenzen gibt es genug und die können viel leisten. Und zuletzt müssen wir auch Personal aus Drittstaaten anwerben. Dazu brauchen wir ein Einwanderungsgesetz.

Pi: *Wie lautet abschließend Ihr Appell an die Politik?*

Greiner: Aufwachen! Die Pflege ist ein wichtiger Wirtschaftszweig und muss als Zukunftsthema behandelt werden. Es muss endlich Schluss damit sein, dass die Altenpflege als die kleine Schwester des Krankenhauses betrachtet wird. Aufhören, die Basis der Erfolgsgeschichte Altenpflege aus ideologischen Gründen zu zerstören.